

Entwurf Änderung des Grundgesetzes

Artikel 90 [Bundesautobahnen und Bundesstraßen]

(1) Der Bund ist Eigentümer der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs. Das Eigentum ist unveräußerlich.

(2) Die Verwaltung der Bundesautobahnen und autobahnähnlichen Bundesstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften mit unmittelbarer Anbindung an Bundesautobahnen wird in Bundesverwaltung geführt. Der Bund kann sich zur Erledigung seiner Aufgaben einer Gesellschaft privaten Rechts bedienen. Diese Gesellschaft steht im unveräußerlichen Eigentum des Bundes. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

(3) Die Länder oder die nach Landesrecht zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften verwalten die sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs im Auftrage des Bundes.

(4) Auf Antrag eines Landes übernimmt der Bund sonstige Bundesstraßen des Fernverkehrs, soweit sie im Gebiet dieses Landes liegen, in Bundesverwaltung.

Artikel 143e [Übergangsvorschriften für die Verwaltung der Bundesautobahnen]

(1) Abweichend von Artikel 90 Absatz 2 werden die Bundesautobahnen und autobahnähnlichen Bundesstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften mit unmittelbarer Anbindung an Bundesautobahnen längstens bis zum 31. Dezember 2020 in Auftragsverwaltung durch die Länder oder die nach Landesrecht zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften geführt. Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz, die Umwandlung der Auftragsverwaltung in Bundesverwaltung nach Artikel 90 Absatz 2 und 4 zu regeln.

(2) Die zuständige oberste Bundesbehörde kann den Landesbehörden Weisungen für die Umwandlung der Auftragsverwaltung der Bundesautobahnen in Bundesverwaltung erteilen und hierzu allgemeine Verwaltungsvorschriften ohne Zustimmung des Bundesrates erlassen.

(3) Beamte der Bundesautobahnverwaltung sowie der Bundesverwaltung für sonstige Bundesstraßen des Fernverkehrs können durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes unter Wahrung ihrer Rechtsstellung und der Verantwortung des Dienstherrn der in Artikel 90 Absatz 2 Satz 2 genannten Gesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen werden. [Zu diesem Zweck können der Gesellschaft Dienstherrnenbefugnisse übertragen werden.]